

Merseburger Correspondent.

Erkheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bezugspreis: vierteljährlich 2,50 Mk.; durch den Boten frei ins Haus 2,70 Mk.; durch die Post 2,70 Mk. ausß. Beleggeld; durch unsere Vertreter auf dem Lande 3.— Mk. Einzelnummern 10 Pfg.

—: Geschäftsstelle: Straße 9. —:

—: Fernsprecher Nr. 524. —:

Anzeigenpreis: für die einpaltige Zeile oder deren Raum 20 Pfg. im Blattenteil 75 Pfg. Schriftausgaben und Nachweisungen 20 Pfg. mehr. Platzverzicht ohne Verbindlichkeit. Schluß der Anzeigen - Einsätze 9 Uhr vormittags.

Nr. 27

Sonabend den 1. Februar 1919

45. Jahrg.

Inhaltbare Zustände

Die Revolution löst sich wohl mit Maschinen-gerichten machen, aber ihr Ausbau muß auf anderem Wege geschehen. Die Arbeiter- und Soldatenräte haben ihre Pflicht und Schuldigkeit getan, als es galt, Ordnung in die Verwirrung zu bringen, die im Gefolge jeder revolutionären Bewegung eintritt. Auf die Dauer aber löst sich mit Arbeiter- und Soldatenräten keine Regierung führen, darüber ist sich das deutsche Volk klar geworden, und die Arbeiter- und Soldatenräte selbst werden das über kurz oder lang einsehen müssen, soweit sie nicht parteilich durchsicht sind. Es ist deshalb höchste Zeit, daß die deutsche Nationalversammlung in Weimar zusammentritt, als Grundlage für den Aufbau des neuen Reiches, und als tragfähige Stütze der Reichsregierung, in deren Händen in Zukunft die Exekutive liegen muß. Anstelle der Notverordnungen, die durch die Berliner Regierung bis jetzt erlassen worden sind, müssen Gesetze auf der Grundlage der neuen Reichsverfassung treten, die von der Deutschen Nationalversammlung in Weimar beschlossen werden wird. Damit müssen auch die zwar gut gemeinten aber doch willkürlichen und meist der geschlichen Unterlage entstehenden Beschlüsse und Anordnungen der lokalen Arbeiter- und Soldatenräte ihr Ende finden; denn immer wieder sieht sich die derzeitige provisorische Regierung in Berlin gezwungen, den willkürlichen Anordnungen von Arbeiter- und Soldatenräten entgegenzutreten, da sie im Gegensatz zu den noch bestehenden Gesetzen getroffen worden sind und deshalb keinen Anspruch auf Rechtsgeltung haben können. Auch für die Arbeiter- und Soldatenräte muß das gültige Gesetz die höchste Anziehung sein.

Der Volkshenratige Kasse hat sich in einer Vollenkommenheit der Großberliner Soldatenräte auch gegen die anarchoischen Zustände gewandt, die augenblicklich in der Krone bestehen. Er hat erklärt, daß das System der Soldatenräte keine dauernde Einrichtung bleiben könne, wenigstens nicht in der augenblicklichen Form. Er hat ferner darauf hingewiesen, daß in einem so großen Gemeinwesen, wie es die deutsche Republik ist, eine organisierte Macht vorhanden sein müsse und daß die Soldatenräte ein recht geringes Maß von Autorität hätten. Er hat damit vollständig das richtige getroffen, denn die augenblicklichen Verhältnisse in der deutschen Armee sind auf die Dauer unhaltbar. Die Soldaten verweigern nicht nur den Offizieren, sondern auch den Soldatenräten den Gehorsam. Jeder tut, was ihm beliebt. Der einzige Dienst ist der Wachdienst, und selbst für diesen die nötigen Leute aufzubringen, ist für die Mitglieder der Soldatenräte eine schwierige Sache. Auch bei der Markt-Entnahme, die für den Wachdienst täglich geordert werden, tun nicht die erhoffte Wirkung. Exzerziert wird zurzeit überhaupt nicht beim Militär. Die Verhängung von Strafen ist ausgeschlossen. So sind die Kasernen tatsächlich zu einer Art Ferienkolonie geworden, wie man sie früher köhnlisch bezeichnet hat. Eine solche Armee hat natürlich gar keinen Wert und das Geld für sie ist vollständig zum Fenster hinausgeworfen. Wenn die Anwesenheitspflicht des Rätehens noch irgendwo bewiesen zu werden brauchte, so ist der Nachweis durch unsere militärische Desorganisation bereits unbedingt geliefert. Die Grundzüge jeder Demokratie muß die Ordnung sein und die Einordnung des Einzelnen in das Ganze. Dazu ist es aber auch notwendig, daß es Vorgesetzte und Untergebene gibt. Will man dieses System beibehalten, dann tritt eben die Anarchie ein, die Gefährlichkeit noch in ihr herrscht. Dem muß ein Ende gemacht werden.

Anarchie herrscht auch in weiten Kreisen unseres Wirtschaftslebens. Am schlimmsten macht sich das durch die Arbeitsentstellung in den Bergwerken und durch den Arbeitermangel in der Landwirtschaft bemerkbar. Die Folgen bekommen auch die Arbeiter in den übrigen Gewerbeten zu verspüren. Wenn die Entwicklung in der jetzigen Richtung weitergeht, werden wir bald zu der völlig arbeits- und Produktionsentstellung kommen, die in Rußland so furchterliche Zustände geschaffen hat. Dabei ist aber Rußland ein vorwiegend agrarisches Land, dabei ist aber Rußland ein vorwiegend agrarisches Land,

Neueste Nachrichten.

Friedensdemonstration in Frankfurt.

Paris, 31. Jan. (Priv.-Telegr.) Pariser Blättermeldungen zufolge demonstrieren am kommenden Sonntag die französischen Arbeiter. In mehr als 800 Versammlungen protestieren sie gegen jeden Gewaltfrieden und fordern beschleunigten Friedensschluß.

Neue Spartakusgefahr in Düsseldorf.

Düsseldorf, 31. Jan. (Priv.-Telegr.) Die Spartakusführer in Düsseldorf haben wieder mehrere Tausend Anhänger zusammengezogen, so daß in den nächsten Tagen mit neuen Kämpfen gerechnet werden muß. Allein in der Kaserne des Inf.-Reg. Nr. 39 befinden sich über 300 Mann Spartakisten. Der Kampf von auswärts ist fortwährend im Gange begriffen.

Ein Offenstündnis zwischen den Sowjets und den Spartakisten.

Basel, 31. Jan. (Priv.-Telegr.) Daily Mail meldet aus Petersburg indirekt: Im Sowjet machte der Volkskommissar für Petersburg bekannt, daß zwischen den Sowjets und den Spartakusanhängern in Deutschland ein Offenstündnis abgeschlossen wurde. Außer Abel meilen immer noch einige hervorragende Sowjetvertreter auf deutschem Boden.

Frankreich und Deutschland.

Genf, 31. Jan. (Priv.-Telegr.) „Home Libre“ schreibt: Frankreichs Zustimmung zu Deutschland ist nicht von der deutschen Staatsform, sondern von der Loyalität abhängig, mit der Deutschland Frankreichs berechtigten Forderungen nach Schadenersatz erfüllt hat. Es muß allerdings schon heute gesagt werden, daß die Schwere der notwendigen Verpflichtungen auf Jahrzehnte hinaus heralche Beschlüssen beim Gegner kaum aufkommen lassen kann. Es ist aber nicht die Schuld Frankreichs, das diesen Krieg nicht hervorgerufen hat.

Die deutschen Kolonien.

Basel, 31. Jan. (Priv.-Telegr.) Eine Depesche der „Morning Post“ meldet aus Paris: Holländische Blätter berichten von einer angeblichen Neuordnung der deutschen Kolonien unter Kontrolle einiger Ententeallianzen als freie Erfindung. Aber das Schicksal der deutschen Kolonien liegt bis jetzt nicht einmal im Beschluß der Vorkommission vor.

das imstande ist, die aus den Süden zuströmende Bevölkerung auf dem Lande aufzunehmen. Bei uns würde das nicht so leicht möglich sein. Wir würden, wenn die Zustände sich nicht rasch bessern, einer Katastrophe entgegengehen, die in Hungernot und Massensterben ihren furchtbaren Ausbruch finden würde. Wir würden Zuständen entgegengehen, die viel schlimmer wären, als wir sie in diesem Krieg erleben mußten. Die Spartakisten mögen ja vielleicht mit einer gewissen Befriedigung an einem solchen Zusammenbruch des ganzen deutschen Wirtschaftslebens arbeiten, auch unsere Reaktionsäre mögen zum Teil ihre Hoffnung darauf setzen, daß aus einem allgemeinen Zusammenbruch schließlich wieder ihr Zielgen erlösen möge, das deutsche Volk aber muß jetzt zeigen, ob es reif und würdig ist, sich selbst zu regieren. Nur wer sich selbst begnügt, ist ein wirklicher Demokrat. Der Krieg hat uns leider nicht zu der Selbstüberwindung erzo-gen, die notwendig gewesen wäre, um ihn zu gewinnen oder rechtzeitig zu beenden. Wenn jetzt auch diese zweite Prüfung nicht die erwünschte Wirkung am deutschen Volke hervorbringt, dann trägt es selbst die Schuld, wenn es im Gende anarchoischer Zustände oder unter der Sklaverei unserer anarchoischen Feinde verblümmern muß.

Zwischen Waffenstillstand und Frieden.

Niemals der Friede in Ketten!

Seit vielen Tagen berät man schon die Ehe unserer Feinde in Paris, wie die Welt verteilt werden soll. Aus das Siebzig-Millionen-Volk, das Volk der Arbeit, Dichter und Denker, hat noch niemand um seine Meinung gefragt. Wir stehen beiseite und warten auf die gnädige Zulassung zur Unterschrift. Jede Mißbestimmung über unser Schicksal, über unsere Zukunft, unter dem Namen der Notwendigkeit soll uns verlagert bleiben. So soll es noch in anelung weitergehen. Der französische Außenminister Ribot hat erklärt, daß der Beginn der allgemeinen Friedensverhandlungen auf den 10. Mai festgelegt worden ist. Das bedeutet also, daß man sich noch lange und schnell 34 Monate um das Fell des von der Reite der Hand zur Strecke gebrachten Bären streiten will. Erst am 10. Mai sollen deutsche Unterhändler zur Unterschrift des Friedensabkommens zugelassen werden. Es alle soll die Friede der Versöhnung und Gerechtigkeit aussehen, auf den sich sämtliche Ententemächte vor Not und Tag feierlich festgelegt haben. Es ist ein eben so gefährliches wie freies Spiel, das unsere Gegner treiben Sie verheßen, daß wir, so sehr wir heute auch in Eifer und innere Rede versetzt sind, immer noch das Siebzig millionen-Volk vorziehen, immer noch das Herz des Kontinents sind, ohne dessen ordnungsmäßiges Schicksal der Weltstand von Europa niemals das gesunde Schicksal zu halten kann.

Das Herrbild eines Friedens soll uns an genötigt, ein Völkerverbund soll aufgerichtet werden, der die ewige Dauer dieses Herrbildes garantiert. Dabei unsere Gegner noch immer nicht aus der Geschichte gelernt, wie schwer sich jedesmal die Ansetzung brutaler Gewalt gerade an jenen gerichtet hat, die sich ihrer bedient haben! Unnötig auch heute noch der Blutdruck ihre Augen b sehr, daß sie nicht erlernen: eine neue Welt, ein neue Friede könne nur dann aufgerichtet werden, wenn er von Gleichberechtigten vorbereitet, von Gleichberechtigten gerant wird. In feierlicher Weise wollen wir es erklären: Der Friede, den die Feinde ankündigen, trägt schon bei seiner Geburt der Todeskeim in sich. Er wird sich das Volk der Deutschen damit aufrufen geben, als eine Ehe von Paris und Entrenten, gefestigt an den Wagen höhnische Sieger, durch das Leben zu leuchten. Werden ihm denn Fesseln angelegt, die es erdichten müssen, wenn es weitergehen, dann wird es sie sprengen. Dann wird es von neuem aufstehen gegen diejenigen, durch deren Verbrecherischen Sinn der Pariser Friede für uns zur Welt werden soll. Nicht oft genug kann es in die Welt hinaus gefahren werden: Wir bringen uns nicht, und wenn es heute auch sein muß, so sprengen wir doch morgen das Joch des untern Friedens den Lebensatem nehmen will. Deutschland sein heute mehr wie je frei sein wollen. In schwerer Not haben wir uns durchgerungen zur Freiheit im Innern. Wir werden es auch verheßen, wenn nicht heute, so morgen, uns die Freiheit nach außen zu, wofern ohne die ein Leben nicht möglich ist.

Proteste der deutschen Waffenstillstandskommission in Spa.

Die deutsche Waffenstillstandskommission hat sich in der Demoralisierung wieder einmal veranlaßt, gegen den letzten Vertrag zwischen dem Kaiserreich und der Waffenstillstandskommission in Spa die Entente ernstlichen Protest einzulegen.

So soll die belgische Regierung beschließen haben, daß noch in Belgien wohnhaften Deutschen am 16. und 17. Juni 1919 unermäßig anzuhören. Diejenigen unter ihnen, welche in den Deeren der Mittelmacht geblieben oder den belgischen Verwaltungsbehörden Dienste geleistet haben sollen sofort festgenommen und interniert werden.

Gegen die Bestimmungen des Waffenstillstandes verheßt die von Schweizer Blättern veröffentlichte Anordnung der französischen Regierung, welche auf den Weg verleiht, zwischen Glatz-Brüngen und der Schweiz zu Mitte Dezember den französischen Zolltarif und das französische zolltarifliche Handelsabkommen anzuwenden.

Gleichfalls im Widerspruch zum Waffenstillstand abkommen steht eine französische Maßnahme, durch welche die Verwaltung der Saargruben gezwungen wird, an die deutschen Behörden keine Kohlensteuer weiter abzuführen.

Die Deutsche Kommission erhob ferner Einspruch gegen die Annahmen des Uebels der französischen Will-

überwahrung für den Unterlauf-Kreis, der auf dem Ge-
biet des alten Reichs ist, und die absolute
Verfügungsmacht, obwohl ihm nach dem Waffen-
stillstandsvertrag nur das Recht der Kontrolle zusteht.
Entgegen den Annehmlichkeiten der deutschen Volksbe-
auftragten vom 3. und 7. Dezember hat er auch verboten, die
im Neutralitätsvertrag zu Friedens befähigten von den
Annehmlichkeiten betreffenden Strafmaßnahmen frei-
willig zu lassen.

Um die Aufsicht der deutschen Regierung durchzuführen zu
können, den Gemeinverwaltungen in den besetzten Ge-
bieten einen Teil der dem Reich zu zahlenden Familien-
unterstützung zu überweisen, hat die deutsche Kommission
im Laufe der Verhandlungen die Alliierten um die Mit-
teilung, ob die in den besetzten Gebieten stehenden amtlichen
deutschen Behörden ungenügend ihrem Zweck zugeführt wer-
den. Es wurde eine allgemeine Erklärung darüber er-
lassen, daß die alliierten Militär- und Zivilbehörden sich
jeden Eingriffs in bürgerliche öffentliche Angelegenheiten
enthalten.

Deutscherseits wurde den einzelnen alliierten Kom-
missionen außerdem zwei Artikel der Transmitter Zeitung
überreicht, die auf Grund sachverständiger Beilagen
die für die Erfüllung der Aufgaben der Ausübung der
Neutralität vorliegen.

Im Verlauf der Sitzung machte der Vorsitzende der
französischen Kommission darauf aufmerksam, daß die
deutsche Lebensmittelversorgung im linksrheinischen Gebiet
seit einiger Zeit flaute. Er bat, daß die deutschen Maß-
nahmen mitgeteilt werden, welche die Lebensmittelversorgung
in diesem Gebiet zu sichern sollen.

Der Vertreter der deutschen Regierung in Spa faute
Ausschreibung zu, betonte aber, daß der Lebensmittelmangel
im besetzten linksrheinischen Gebiet wahrscheinlich auf die
Bereitschere und die Lebensmittelverbreitungen durch
die alliierten Heere zurückzuführen sei.

Anerkennung der Regierung Ober- Scheidemann durch die Entente.

In einem Leitartikel fordern die "Times" im Inter-
esse der Festigung der Lage und eines dauerhaften Frie-
dens die möglichst baldige Anerkennung der Re-
gierung Ober-Scheidemann. Auf Grund der
Ergebnisse der Verhandlungen zur Nationalversammlung sei die
Entente ohne weiteres in der Lage, diese Anerkennung
habenzulassen. "Daily News" schließlich hat dringend
die Fortsetzung der "Times" an. Das von Ober-Scheide-
mann angeleitete Programm der Erringung der Kriegs-
gewinne wird von "Daily News" als vorbildlich gelobt.
Das der Verwirklichung zugrundeliegende Prinzip ist nicht nur
gelobt, sondern überhaupt das einzige Beispiel und der
Lage entsprechende. Seine Annahme bedeuete auf Seiten
der neuen deutschen Regierung ein Eingeständnis der
zur Erringung der Forderungen, welche das Beste für die
Zukunft erhoffen lasse.

England und Amerika gegen den Raub des Rheinlandes?

Hinter den Kulissen der Pariser Entente-Konferenz
geht manches vor sich. So verlaute, daß England und
Amerika der Befreiung des linken Rheinufers durch Frank-
reich ablehnend gegenüberstehen, soweit es sich nicht um
Einfuhr-Erhörungen handelt. Beide Staaten erkennen an,
daß das linke Rheinufer ganz deutsch ist, und daß es
gegen die einfache Anwendung der Friedensprinzipien,
die unter allgemeiner Zustimmung angenommen wurden,
verstoßen müßte, wenn diese Gebiete einfach wie im Mittel-
alter durch einige Diplomaten vertrieben würden. Auch die
italienischen Ansprüche auf Dalmatien und Deutsch-
Südtirol scheinen kräftigen Widerspruch bei Wilson und
England ausgesetzt zu haben. Orlando soll von einem Ge-
spräch mit Wilson sehr niederschlagend herausgegangen
sein. Wilson wird schwerlich geneigt sein, durch schwäch-
liches Nachgeben seine Stellung als erster Politiker
zu gefährden.

Die Lage im Reich.

Die Beschlüsse der Finanzminister-Konferenz.

Die am 28. Januar in Weimar begonnene Verhand-
lung des Reichsfinanzministers mit den einzelstaat-
lichen Finanzministern ist am 29. Januar fortge-
setzt und zu Ende geführt worden. Sie haben eine
völlig neue Lage in dem Reich geschaffen, die die
Drückung der dringenden Bedürfnisse des Reichs
allein anderen vorgeben müßte, daß aber in dem
hierdurch gezogenen Rahmen den Einzelstaaten die zur
Erfüllung ihrer wichtigen Kulturaufgaben notwendige
finanzielle Bewegungsfreiheit zu erlauben sei. Unter
diesem Gesichtspunkt wurde das gesamte Gebiet der Fi-
nanzen in seiner Bedeutung für Reich, Staat und Ge-
meinden einer eingehenden Erörterung unterzogen. Die
vertrauliche und unerbittliche Aussprache war so reich
an Aufforderungen und Anregungen, daß von den Teil-
nehmern der Wunsch nach häufigerer Wiederholung solcher
Beratungen sehr lebhaft geäußert wurde. Das Reichs-
kassamrat legte die Erfüllung dieses Wunsches an
die Regierung beharrt auf der Neuordnung
der Kommandogewalt.

Gegenüber der Mitteilung der "Freiheit" nach der
die Regierung die Bestimmungen über die Kommando-
gewalt im Bereiche des 9. A. L. aufgehoben habe, legt
die Regierung Wert auf die Feststellung, daß Absatz in
einer Besprechung mit Mitgliedern des Zentralrates des
9. A. L. die Fortsetzung auf Verhinderung der Bestimmungen
mit einem einschließlichen "Nein" beantwortet hat. Die
Regierung ist entschlossen, gegen den Allotter Soldaten-
rat und andere Soldatenräte, die die Bestimmungen nicht
beachten, mit allem Nachdruck ihre Durchföhrung zu er-
zwingen.

Amtsüberlegung der Harburger Offiziere.

Aus Harburg wird uns gemeldet: Der Kommandeur
des Schleswig-Norddeutscher Infanterie-Bataillons Nr. 9 in
Harburg teilt mit, daß sich das besetzte aktive Offiziers-
korps des Bataillons genötigt sieht, infolge der Annahme
des Harburger Korpskommandeurs sein Amt nieder-
zulegen. Das Offizierskorps hat beschlossen, Harburg zu
verlassen, um dem Vaterlande an anderer Stelle zu dienen.
Ein formelles Verlangen des Zentralrates der Marine.

In einem Schreiben an die Volksregierung verlangt
der Zentralrat der Marine die sofortige Befreiung des

kommandierenden Kommandos des Marinekorps von
Schleswig, des Kommanden Oberstleutnants
Kötter und des Kommandanten Kögner. Gegen
die genannten Offiziere soll die Verhaftung erhoben werden,
da Kommandeur Schröder, wie es in einem Schreiben an die
Volksregierung heißt, eigenmächtig und trotzdem er im
Großen Hauptquartier von dem Amte überloß über
politische Verbindungen Kenntnis haben mußte, die Ge-
fährdung anderer Matrosen befohlen und mit
allen Mitteln herbeigeföhrt habe.

Was die Erhaltung des jetzigen Heeres kostet.

In der Vollversammlung des Arbeiterrates in Ham-
burg wurde die Mitteilung gemacht, daß die Erhaltung
des jetzigen Heeres infolge der hohen Löhne nun, in den
letzten 8 bis 10 Wochen ungefähr 13 Milliarden
Mark gekostet hat.

Der Etat des Reichsheeres einschließlich des bayerischen
Kontingents betrug im letzten Friedensjahr noch nicht
zwei Milliarden Mark. Nun sieht also, daß die Revo-
lutionsveränderung nicht billiger ist, wie von den Führern
des Unruhens verheißben wurde, sondern ganz wesentlich
teurer.

Koste über die Expedition nach Bremen.

Das Mitglied der Reichsregierung Koste hat sich
über die Gründe und die nächsten Ziele der Expedition
nach Bremen einem Zeitungsvorsetzer in folgender Form
ausgesprochen:

Das die Zustände in Bremen unzuföhrt waren, war
aller Welt klar, ausgenommen den Spartakisten. Bremen
gehört zu den Orten, in denen eine kleine Minderheit
durch Gewaltmittel bedrückt, ihre Herrschaft über eine
bedeutende Mehrheit anrecht zu erhalten. Die hier Ge-
schaffenen Verhältnisse sind, besteht der Ausschlag der
Wahlen zur Nationalversammlung, bei denen, ganz ab-
gesehen von den Spartakisten, selbst nur Unabgängige
eine kleine Minderheit darstellen konnten. Bremen hat
eine besondere Bedeutung als zweiwöchentliches Han-
delshafen. Am 1. Februar soll das Auslaufen von Ver-
bindungs- und Handels- sowie eine einwöchentliche Ver-
sammlung in Erwägung gezogen werden, erziehen es
absolut ungenügend, ob das Auslaufen dieser Schiffe
politischen gehen werde. Bei der absoluten Unfreiheit
der Verhältnisse in Bremen war es selbstverständlich
unmöglich, das Auslaufen bedenkender Lebensmittelschiffe
nach Bremen nicht unbedingt verbietet sein würde. Selbst
wenn die Abreise nicht verboten ist, daß die Ver-
bindungen zwischen den Seestädten und den Heeren auch die
geringe Minderheit der Seeleute, die im Internationalen
Seemannsbund organisiert ist, zurückgekehrt sein
sollte, besteht nach den letzten Erfahrungen keine Mög-
lichkeit dafür, daß beim Einlaufen oder Auslaufen der
Schiffe Zwischenfälle oder Störungen nicht vorzukommen
würden. Die Anwesenheit von 20 bis 30 militärischen
aber angehört der außerordentlichen Kräfte unbeding-
tens gesichert werden. Das deutsche Volk geht der Hin-
gersnot entgegen, wenn nicht binnen kürzester Frist be-
drückliche Lebensmittelmengen aus Übersee zugeführt
werden.

Im die sicherzustellen, sind Truppen von außer-
ordentlicher Kommando im Besonderen
gesetzt worden. Es geschah selbstverständlich nicht aus reiner
Neugier, in die unvorstellbaren Kämpfe mit Waffenge-
brauch einzugreifen. Nicht die Minderheit, die jetzt in
Bremen wider alles Recht sich im Besitz der Macht zu
halten sucht, so wird die Aktion in Ruhe vollzogen gehen.
Von den Regierungstruppen, die in Bremen einmar-
schieren, wird nicht ein Schritt zurückzugehen werden, wenn
nicht von den Bremer Spartakisten oder den Unabgängigen
wert gemacht wird. Dafür bietet schon die Tatsache
Bürgschaft, daß auch die Bremer Aktion unter meinem
Oberbefehl vollzogen geht.

Nur für den Fall, daß die Minderheit, die in Bremen
im Regiment auftritt, zu erhalten ist, gesollten
Widerstand leisten, werden Truppen geschickt, aber
auch mit richtigster Entschlossenheit.

Regierungsstruppen im Anmarsch auf Bremen.

Nach einer in Bremen eingetroffenen Meldung des
R. F. L. rücken auf Bremen Regierungsstruppen heran,
um die hier unzuföhrt Zustände zu beseitigen. Die Trup-
pen sollen nach Privatmitteilungen bereits Verden über-
schritten haben und bei Altmir stehen. Es handelt sich
um die Division Gerbersberg, die auch bei der
Niederwerfung der Spartakisten in Berlin hervor-
ragenden Anteil hatte.

Der Oberbau unseres Grenzschutzes im Osten
ist, wie aus Berlin gemeldet wird, jetzt endgültig fest-
gelegt. Es war bereits bekannt, daß Generalleutnant
v. Siedenbürg den Oberbefehl übernehmen soll, und
dieser wird General Groener auch weiterhin sein erster
Generalquartiermeister bleiben. Das Hauptquartier wird
nach Kolber gelegt. Das Oberkommando wird
nicht Feldmarschall v. Woytowicz, sondern der Komman-
dierende General des 3. Korps, General v. dem Berge
übernehmen, dem General von Leiber zur Seite
tritt. Er wird sein Hauptquartier vorläufig in Treßlau
aufschlagen. Die Nordarmee wird dem General
von Duell unterstellt, dem als Stabschef General
von Seck beigegeben ist. Sein Hauptquartier liegt in
Wartenstein.

Die Aufgaben, die der Grenzschutz zu erfüllen hat,
sind sehr schwierig, da die Polen im Vertrauen auf die
Verlässlichkeit unseres Grenzschutzes, im Vertrauen aber
auch auf die eigenartige Härte der V. und S. Mä-
re immer weniger zugänglich sein werden. Es soll noch
einmal versucht werden, den V. und S. Mä-
re zu überzeugen und ihnen den ganzen Ernst der Lage begreiflich zu machen.
Zu dem Zwecke werden die preussischen Minister Dirsch
und Graf am Freitag nach Breslau fahren, um mit
dem Zentralrat des Führers sowie auch mit den Einzel-
leuten von Dirsch, die die Bestimmungen der V. und S. Mä-
re zu verhandeln, um ihnen klarzumachen, was für uns auf
dem Spiele steht, damit sie dem Grenzschutz seine weiteren
Schwierigkeiten in den Weg legen und vor allem die
Truppentransporte nach dem Osten nicht mehr verbinde.
Zugewandten sind fünf Vertreter der V. und S. Mä-
re von Thorn und Allenstein in Berlin eingetroffen, um mit
den Reichsbehörden über die Bestimmungen der V. und S. Mä-
re in Verbindung zu treten. Sie gatten sich auf
Erklärung des Oberbefehlshabers des Grenzschutzes nach
Breslau begeben und drachten ein von dem Mitglied dieses
Rates, dem früheren Abgeordneten Korffmann — noch vor
seiner Protestation — verfaßtes Schreiben nach Berlin mit,
das die Forderungen enthält, deren Erfüllung die Polen
als Voraussetzung für den Eintritt in die Verhandlungen

berlangten. Die politischen Forderungen sind nicht
politischer und militärischer Natur, wie z. B. die Freig-
lassung der leitenden der Deutschen und leitenden der Polen
selbstgenommenen Geiseln und Übernahme der Verpflichtung,
keine neuen Geiseln zu fassen, sondern vor allem auch
wirtschaftlicher Art. Sinau kommt, daß die Polen sich bis-
her bei den Verhandlungen nicht als sonderlich vertrauens-
würdig erwiesen haben, die betrachten diese Bindungen
nur als einseitig. Allerdings hat sich der Vorkriegszustand
bei ihnen sehr empfindlich geltend gemacht, ebenso der
Mangel an Zahlungsmitteln. Deshalb vielleicht auch das
Entgegenkommen, das sie jetzt zeigen. Aber auch die Be-
fürchtungen werden fortwährend im Auge behalten, daß
sie sich nicht mehr von Herrn Korffmann einleiten lassen.
Solche Verhandlungen haben nur dann Wert, wenn die
notige Generalität ihnen steht. In dem Vorkriegszustand
wird angeboten, daß die Polen nach Schlieffen (Jäger,
Kavallerie und Getreide liefern wollen, wenn ihnen die-
für Kohle aus Schlesien gegeben wird. Die preussische
und die Reichsregierung stehen nach wie vor auf dem
Standpunkt, daß mit den Polen nicht über einzelne Fragen,
sondern nur über den ganzen Komplex der Streitfragen
verhandelt werden könne.

Die Gefahr im Osten liegt.

Die Lage in den deutschen Ostprovinzen hat sich, wie die
Berliner Blätter melden, in den letzten Tagen weiter
verschlimmert. Die Gefahr eines feindlichen Ein-
falls ist in drohender Nähe gerückt. Vor den Grenzen
Litauens stehen starke Polkavallerieverbände. In West-
preußen droht ein Einfall der Polen und das bis jetzt
noch verhalten gebliebene Polen ist erneut polnischen Be-
dröhung ausgesetzt und damit auch die Stadt Königs-
berg in Ostpreußen. Die russischen Sowjet-
truppen stehen auf der Linie Sibirien—Dobruja—Kromno. Die
Festung Kromno ist noch nicht in russischer Hand, die russi-
schen Truppen stehen aber unmittelbar vor der Festung.
Die Polkavallerie verbände in dem Abschnitt Luban-
Dobruja-Kromno über zahlreiche Divisionen, die durch eine
eigene Division zusammengehalten und vorwärts geführt
werden. Die Sowjettruppen spielen im Polkavallerie
nicht mehr die Rolle, die ihnen am Anfang der Revolution
zuzuföhrt. Die Kommandogewalt ruht wiederum in den Hän-
den der Truppenführer. Die militärische Lage in West-
preußen ist gleichfalls sehr gefährlich. Die
Gefahren im Osten sind nicht nur militärischer Natur,
sondern auch von sozialer Natur, denn es ist
von mangelnder militärischer Seite her, die
Lage in einem groß angelegten Vorhaben der Polen in West-
preußen liegt. Und jetzt ist die Lage nach wie vor
ernst. Nach dem Fall der Stadt Danzig, nach Danzig
und Weier bedrückt und damit auch die brandenburgische
Grenze.

Gegen die Restrennung preussischer Gebiete.

Die preussische Regierung veröffentlicht folgendes:
Bereits in unserer Bekanntmachung vom 10. De-
zember d. J. ist darauf hingewiesen worden, daß die künftige
staatsrechtliche Gestaltung Preussens durch die preussische
verfassungsgemäße Verfassung bestimmt werden, und daß
alle Verträge, Teile von Preußen loszureißen, mit
Nachdruck entgegenzutreten sei. An diesem Stand-
punkt hat die preussische Regierung gelegentlich der staats-
rechtlichen Verhandlungen über die neue deutsche Ver-
fassung in vollem Umfang festgehalten.
Neben wir dies zur allgemeinen Kenntnis bringen,
geben wir erneut der Erwartung Ausdruck, daß die Be-
dröhung allen ernstes gerichteten Verletzungen nachdrück-
lich entgegenzutreten werden.

Politische Übersicht.

Dänemarks Ansprüche.

Bei dem allgemeinen Ansturm auf das Deutsche
hat man vielleicht den dänischen Ansprüchen auf
Schleswig zu wenig Gewicht beigelegt. Geht
verlangt die dänische Demokratie nur seine Gebietsziele Nord-
schleswigs, die eine überwiegend dänische Bevölkerung auf-
weisen, aber es sind auch in Dänemark starke Einflüsse
am Werk, bis darüber hinaus durch die Entente und ihre
Verbündeten ein Gesicht aus folgender Gebiets-
veränderung machen lassen, die von dem dänischen
überwiegend deutscher Bevölkerung befordert sind, so daß
von den Dänen selbst als deutsches Gebiet angesehen
werden. Gefördert werden diese von den konservativen und
liberalen Dänen propagierten Wünsche, die selbst bis zur
Eindeckung von Mecklenburg reichen, von englischer
Seite, von der früheren deutsche Reichsregierung
Dänen hat sich als Führer der norddeutschen Dänen
in einer Rede in Kopenhagen ausdrücklich gegen solche
phantastischen Pläne erklärt. Die deutsche Demokratie,
die sich auf dem Standpunkt des Selbstbestimmungsrechts
der Völker stellt, will Dänemark unzulässig dänische
Gebiete nicht vorerhalten, aber darüber hinaus müßte
ist alle weiteren Ansprüche ernstlich zurückweisen. Aus
wir hoffen, daß unsere Reichsregierung auch vor einer
bewußten Abwehr nicht zurückweichen würde, falls
Dänemark sich nicht selbst innerhalb der Grenzen halten
wird, die ihm nach dem Selbstbestimmungsrecht der
Nationalitäten zustehen. Unrichtigerweise sind die uns
stammverwandten Dänen in ihrer Mehrheit vernünftiger
als unsere Feinde von der Entente und verhalten sich ab-
solut gegenüber den Forderungen der Dänen. Aber immerhin
es ist gut, wenn den Dänen mit aller Entschiedenheit
die deutsche Staatsdrucke harregelt wird. Und der
deutsche Staat in diesem Fall vollständig mit dem, was der
dänische Minister Stauning kürzlich zu der norddeutschen
Frage erklärt hat:

„Über fünfzig Jahre protestierten wir gegen eine Ein-
beziehung dänischer Gebiete in Schlesien, in Ostpreußen
und jetzt, wo das Unrecht aufhört, hat die dänische
dänischerseits dafür zu agitieren, daß Dänemark deutsches
Land an sich nehmen soll. Diese Bewegung ist nicht ohne
Gefahren für Dänemark; was demnach ist, soll dänisch
werden, aber alle Pläne auf weitergehende Eroberungen
müssen von allen zurückgewiesen werden, denen das Wohl
Dänemarks am Herzen liegt.“

Verantwortlicher Redakteur Franz Köhner
in Merseburg.
Druck und Verlag von Th. Köhner in Merseburg.

Vereinigung zur Verwertung von Schlachtpferden,

Halle a. S. : e G. m. b. H. : Büro: Schlachthof.
Telegraph-Adresse: Schlachtpferde. Fernsprecher 1029.

Wir sind dauernd Abnehmer von
Schlachtpferden jeder Anzahl
und bitten die Herren Landwirte und Pferdebesitzer
höflichst um **Angebote**
an uns direkt oder an unsere Mitglieder.

Notischlachtungen werden jederzeit schnellstens und korrekt ausgeführt.

Turnvere in Rothstein

Sonntag den 2. Febr.,
Ausflug n. Meuschau.
(Steinfelders Gasth.)
Abfahrt von nach
mittags 3 Uhr an
Tänzen.
Der Vorstand.

Wallendorf.

Gasthof zum gold. Anker.
Sonntag den 2. Februar, von
nachmittags 4 Uhr ab
große **Ballmusik**
(Leuna-Kapelle), wozu ergebenst
einladet
Hos. Himmich.

Creypau.

Sonntag den 2. Februar, von
7 Uhr ab
Tanzvergügen,
wozu freundschaftlich
einladet
D. Hbhe.

B. V. Germania

Sonnabend den 1. Februar
Versammlung
im Vereinslokal, Der Vorstand.

Schießklub Meuschau.

Schmidts Gasthof
Sonntag den 2. Februar 1919
Tänzen.

Spergau

Sonntag den 2. Februar,
von nachm. 3 Uhr ab,
Lichtmeßball.

Edward Sieler.

Knapendorf.

Sonntag den 2. Februar, von
nachmittags 3 Uhr ab
Tanz-Vergügen.
Es ladet freundschaftlich ein
Oswald Bräuer.

Euterpia.

Sonnabend, 1. Februar
Versammlung
bei Mitglied Arahl punkt 8 Uhr.
Der Vorstand.

Kammer-Lichtspiele!

Ab Freitag bis Montag ein Kulturfilm großen Stils:

„Tausend und eine Frau“

I. Teil.

Das ganze Tagebuch eines Jungesellen in 2 Teilen.
I. Der elegante Lebemann. II. Der sparsame kleine Beamte. III. Der leichtsinnige
Künstler. IV. Der auf den Erlös der Frauen lauernde Händler. V. Das verlassene
Mädchen. VI. Die gleißende Dirne. VII. Hausmütter und spielende Kinder.

Nur für Erwachsene.

Varieté-Vorstellung

Thüringer Hof Merseburg
heute Sonnabend den 1. Februar.

Mitwirkende:

Max Huhn, Salos- und drauslicher Humorist.	Marta Kirchen, Gesangs-Soubrette.
Richard Vesemann, Tenor und Lied-er-Köner.	Paul Genärsch, sächs. Komiker.
Ella Bernstein, Vortrags-Soubrette.	Frl. Friedel Beckers, Einzig dastehend! als weibl. Humorist und Types-Darstellerin. Einzig dastehend!
Marta Kirchen Rich. Vesemann Gesangs- und Operetten-Duette.	M. Huhn P. Genärsch Herren-Duette.

Als Schlussposse: „Papa's Liebling!“

Einlass 1+7 Uhr. Eintritt 1,- Mk. Beginn 1+8 Uhr.
Sonntag den 2. Februar große Nachmittags- und Abend-Vorstellung.

Demokratische Partei

Merseburg
Sonnabend den 1. Februar 1919,
abends 8 Uhr

Mitglieder-Versammlung
in Kälte's Gasthaus.

Tagesordnung:
1. Rückblick auf die beendeten
Wahlen.
2. Stellungnahme zu den bevor-
stehenden Stadtverordneten
wahlen.
3. Anträge und Wünsche.

Mitglieder und Parteifreunde
die sich unserer Organisation an-
schließen wollen, sind hierzu freund-
lichst eingeladen.

Der Vorstand.
A. Koerlin, Fröhner, Rath, Barom.

Arbeiter - Sängerkhor Merseburg.

Sonnabend den 1. Februar, abends
7 Uhr, im Lokale „Finkenburg“
Vergnügen!

Hierzu ladet freundschaftlich ein
Der Vorstand.

Der Eisenbahnbearbeiter - Verein hält am

Sonntag den 2. Februar d. J., nachm. 3 Uhr,
im „Neuen Schützenhaus“ einen
öffentlichen BALL
ab, wozu Gäste und Gönner freundlich eingeladen
werden.
Der Vorstand.

Evangel. Arbeiter-Verein.

Zu unserer am Sonntag den
2. Februar cr., abends 7 1/2 Uhr,
im Gasthof „Gute Quelle“
stattfindenden

Begrüßung

der aus dem Felde heimgekehrten
Mitglieder

(Seitenspr.: Herr Prof. Bihorn)
laden wir alle Mitglieder und den
Arbeiterinnenverein herzlich ein.
Kinder unter 14 Jahren haben
keinen Zutritt. Der Vorstand.

Merseburger Turnerklub.

Gemeinliches Turnen der
männlichen Mitglieder Mittwoch
den 27. Januar abends 8 Uhr, der
weiblichen Mitglieder Donnerstag
den 30. Januar abends 8 Uhr
in der städtischen Turnhalle (Schil-
delstraße) Die Turnhalle ist
geheizt.

Freiwillige Feuerwehr

Montag, 3. Febr. 1919,
7 1/2 Uhr abends
Zuglich er-
weiternde
Besprechung
im Gasthof „Gute Quelle“.
Zahlreiches und pünkt-
liches Erscheinen not-
wendig.
Der Kommando.

Sonnabend den 1. Febr.
abends 8 Uhr
72er-
Hauptversammlung
im „Guten Sonne“.
Der Vorstand.

Männer Turn Verein.
Gute Sonnabend
wollen alle Mit-
glieder zur
Ein- und
Erfreuen



Sonnabend den 1. Februar,
abends 8 Uhr, **Versammlung**
im „Hilfing's Hofe“. **Beschluß-**
fassung über „Ausstellungsange-
legenheiten“. Zahlreiches Er-
scheinen ist dringend geboten.

Kaninchen u Geflügelzucht- Verein Knapendorf u. Umg.

Sonntag den 2. Febr., nachm.
3 Uhr, **Versammlung** im Gasthof
Dow Bräuer.

Alle kommen da wichtig.
Auch Freunde der Kaninchen-
zucht sind eingeladen.
Der Vorstand, de Gustav Ratsoff.

Dram. Klub „Mignon“.

Sonnabend den 1. Febr. **Einzel-**
im „Strandbühnen“ **Kind-**
Tänzen
Kaff. Freunde und Gönner des
Klubs we der herzlich eingeladen.
Anfang 6 Uhr Der Vorstand.

Sängerkhor

„Einigkeit“.
Sonntag den 2. Februar

Ausflug nach Drebnitz
Dortselbst von nachmittags 3 1/2
Uhr an

Tänzen.
Freunde und Gönner des Ver-
eins sind herzlich eingeladen.
Der Vorstand.

Erster Schrebergärten- verein „Nord“, E. S.

Sonntag den 2. Februar, 4 Uhr
nachm., findet im Vereinslokal eine
Garten-Versammlung

Kaff. Zahlreiches E. Erscheinen er-
bitet
Der Vorstand.

M. V. M.

Sonnabend den 1. Februar, von
abends 8 1/2 Uhr ab,
gemütliches Tänzen
bei vollem Orchester.
Schmidts Gasth. Meuschau.

Hierzu eine Bekanng.

Die Preußenwahlen.

Das Ergebnis der Preußenwahlen liegt leider noch immer nicht vollständig vor... es geht noch langwieriger als bei den Wahlen zu dem Reichstag...

Bemerkenswert ist die Niederlage der rechtsstehenden Parteien, gewisser Art der Wählerstimme, die sie im alten Reichstagsparlament innehielten...

Auf der anderen Seite soll und darf indessen nicht verkannt werden, daß der Einbruch beginnender Konsolidierung auf der Rechten, den schon die deutschen Nationalwahlen aufzuweisen ließen...

Die Sozialdemokratie, die sich auch jetzt wieder im Gefühl des Sieges blüht, kann mit dem Erfolg nicht zufrieden sein... Der ungenügende Bind in der Reichstagswahl...

Aus hartem Holz.

Roman von Julia Fohst.

39. Fortsetzung. (Nachdruck verboten.) „Das er es dir gesagt?“ „Nein!“ rief sie unter Schlägen hervor...

schreiben und damit Arbeit verrichten, für die ihr kommende Geschlechter ebenfalls dankbar werden werden.

Franz Wehring ?

Mit Franz Wehring ist eine der unerfährtesten Erscheinungen im politischen Kampfe der letzten vierzig Jahre beengenannt. Dieses Ideal aller „Rechtslosen“ war im Grunde genommen ein politischer Berwandlungs-Familier...

Brötchen und Uraeand

3. Halle, 31. Jan. Mit Rücksicht auf die mäßigen Aufnahmen im Gahrnsgewerbe ist die fürstlich auf 9 1/2 Uhr herabgesetzte Polizeihunde am heute um eine Stunde heraufgesetzt worden...

der Polizeistunde. Alfo: Spare Nicht! — Wegen Kohlenmangelndes das höchste Reichsamt mit sämtlichen Abteilungen geschlossen.

- Wandenburg, 31. Jan. Oberbürgermeister Heinecke ist am 1. Mai aus Gesundheitsrücksichten von seinem Amte zurück... Wühlhansen, 1. Feb. 31. Jan. Der Sohn des Königen Reichsmit in Hollenbach fuhr auf der Straße...

Bauernräte für Beileitung der Milchabgabe.

Eine äußerst erregte Verammlung der Kreisbauernräte des Kreises Liebenwerda befaßte sich mit der umfangreichen Abgabe der Milch an die Volkswirten...

malte sich die Bilder aus — keine Frau vor Gericht und schuldig befunden.

Ihres Weibens war nicht mehr hier. Die Kinder — sie durften es nie erfahren. Stöhnend schau er die Hände vor die Stirn. Was sollte aus ihnen werden...

Die alte Dame verzog unter ihrem Schellen die Lippen. Aber sie vermochte es nicht zu ändern, daß der zum fünf Siebenundsechzigjährigen keinen Nachkommen allein amte...

„Nager brauchte nicht lange zu warten. Wie ein toter Mann“, das, noch Scham geschrien, war doch zu dem Prinzip, so kurzweilige die romantische Redeweise des Stab... „Nein, polterte ich in zwei Tagen. Da die Bekleidungs zu allem Schönen, wurde keine Einzelheit bekannt...“

Herrn- und Burschen-Anzüge, Hüter, Paletots
gute Gebröcke
einzelne Hosen :: Kinder-Anzüge

Solide Verarbeitung bei anerkannter Preiswürdigkeit.
1. Beste Auswahl. 1.1

Garantiert keine Papierware, da ich solche überhaupt nicht geföhrt habe. 1.1

Für Heimkehrer und landwirtschaftliche Arbeiter preiswerte neue Anzüge
::: aus Reichsware. :::

H. Laiba, Neumarkt 18
Telephon 332 Telephon 332.

Pferde zum Schlachten
sowie Rotfleisch, kauft stets

Ww. Marg. Möblus, Rotfleischerei.
Merseburg a. S. Tiefen Keller 1. Tel. 583.
Inhaberfinder Erlaubnisort zum Einfuhr von Schlachtpferden.



Geschäfts-Übergabe!

Mit dem heutigen Tage übergebe ich meine

Bäckerei
meinem Sohne.

Meiner werten Kundschaft sage ich herzlichsten Dank für das mir entgegengebrachte Wohlwollen und Vertrauen und bitte, dasselbe auch auf meinen Sohn übertragen zu wollen.

Merseburg, den 1. Februar 1919.

Aug. Preußer, Bäckermeister.

Auf Vorstehendes Bezug nehmend, bitte ich unsere werte Kundschaft sowie ein hiesiges Publikum, mich in meinem Unternehmen gütigst unterstützen zu wollen.

Ich werde mich stets bestrengen, meinem Geschäft Ehre zu machen.

Merseburg, den 1. Februar 1919.

Ernst Preußer, Bäckermeister.

Leiterwagen
von 1-6 Zentner Tragkraft empfiehlt
Karl Leisering,
An der Geißel 8. - Nahe am Markt. - An der Geißel 8.

Anfang wochentags 7 1/2 Uhr. Programm von Sonnabend bis Montag im Anfang wochentags 7 1/2 Uhr.

Cinophon-Theater
Große Ritterstraße 1.

„Kain“ III. Teil. Drama in 5 Akten. In der Hauptrolle: **Erich Kaiser-Titz.**

„Junge“. Schauspiel in 4 Akten mit **Hella Moja** in der Hauptrolle.

Außerdem das Beiprogramm.

Sonntag von 3 Uhr ab Jugend-Vorstellung, ab 5 Uhr und 7 1/2 Uhr. Vorstellungen für Erwachsene.

Ab Dienstag: „Die Liebe der Bajaden“. Große indische Liebestragödie in 1 Vorspiel und 6 Akten.

Frankleben.
Siebeck's Gasthof.

☞ Sonnabend den 1. Februar d. J., ☞
abends 7 1/2 Uhr,

grosses Militär-Konzert!
Ausgeführt von dem aus dem Felde zurückgekehrten altonen Kompagnieführer des Marschregiments Nr. 75.
Leitung: Obermusikmeister **Steuer.**

Daran anschließend:
Tanzkränzchen!

Kermann Schladitz
Uhren
Gold- u. Silberwaren
optische Artikel

jetzt
Kl. Ritterstr. 11.
Fernsprecher 472.

Achtung!

Schlachtpferde

taure jeweils zu den höchsten Preisen.
Bei Rotfleischungen mit Transportwagen schnellstens zur Stelle.
Vermittlern abble hohe Provision.

Franz Vogel,
Radewell bei Ammendorf, Hauptstraße 45.
Erste und älteste Rotfleischerei am Platze.
Telefon: Ammendorf 58.

Stelle zum 1. April oder später wieder ein vorgebildetes musikalische junge Leute zur weiteren Ausbildung im Orgel- und Gesangs-Teil werden jederzeit angenommen. Vorzögl. Lehrpersonal.

Emil Gorchler, Stadtmusikdirektor, Merseburg.

Groß. Vereinszimmer
ist noch frei.
Restaurant „Barbad“.

Das pig.
Sonntag den 2. Februar, von nachmittags 3 Uhr ab, laden zur **Tanzmusik** freundlichst ein
Verein Jugendpflege von Cröllwitz und Spergau.
Gastwirt **Gustav Schröter.**

Weißebeldenkend. Bürger
würden 10 Beamten (Kriegsteil) mit herzenguter Frau ohne Kind gegen Bezahlung für einige Mon. Unterh. m. Süßigkeiten, gewöhren?
Off. u. B 28 an die Exp. d. Bl.

Gewaltige Colportiere
gesucht (Stadt u. Land) für neuen, hoch. Gewinnbr. Artikel (Ehrenabgabe heimge'ehete Kleider). Kunstverl. **H. Amritzer, Borsheim.**

Jüngerer Landwirt, 30 Jahr alt, sucht auf diesem Wege **Damenbetriebskraft** diener des Standes, am liebsten vom Lande. Mühe ohne Kind nicht ausgeschlossen, wobei späteren Gehalt. 2-3000 Mk. Vermögen. Alter 23-27 Jahr. Adressen unter **H U 8** postlagernd **Merseburg.**

Lüchtiger, unverheiratet, gelernter Maschinist u. Oberbeizer sucht Dauerstellung in Kleinbetrieb. Grube oder dergl. Offerten unter **H K 200** an die Exped. d. Bl.

Lente zum Eishacken
steht ein **Armin Rosch,**
Mittelhäuser 21.

Hohen Nebenverdienst.
Sausererinnen für leicht veräußlichen Verbrauchsartikel gesucht. Meldungen nachm. 5 Uhr. Zu errie in der Exped. d. Bl.

3 Lohnkellner
für sofort gesucht.
Rudolf Thüringer Hof.

Anlegerin
für Buchdruckereien wird gesucht. **G. Göllin, G. m. u. S.**
Bundbesitzer (Bauwesen) sucht kleinere Aufträge **als Heimarbeit.**
Off. u. J. H. an die Exped. d. Bl.

Dienstmädchen
Ordnentliches, fleißiges
gesucht.
Franz Lots, Burgstr. 7

Eine tüchtige Wajchfran
sucht bei hohem Lohn
Wühlers Hotel.

einige **gebildetes junges Mädchen** für einige Nat. m. S. zu zwei Kindern von 3 u. 4 Jahren. **Arbeitslohn 1, 1 Lt.**
junges Mädchen wird als **Aufwartung für vormittags** gesucht. **Moosstr. 23, 1 Lt.**

Aufwartung
für 2 Vormittage in der Woche gesucht **Raumburger Str. 35 Lt.**

Ein schwarzes Damenportemonnaie mit Inhalt verloren. Gegen Belohnung abzugeben in der Exped. dieses Blattes.

Bei der letzten Kreis-Bauernratsung im Landratsamt ist in Regenichim vertauscht worden. Der/die kann umgewandelt werden bei **B. Hirtler, Merseburg, Mühlstraße 8.**

Merseburger Correspondent.

Erkheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bezugspreis: vierteljährlich 2,50 Mk.; durch den Boten frei ins Haus 2,70 Mk.; durch die Post 2,70 Mk. auschl. Postgeb. durch unsere Vertreter oder beim Abende 8.— Mk. Einzelnummer 10 Pf.

—: Geschäftsstelle: Diercke 8. —:
—: Fernsprecher Nr. 324. —:

Anzeigenpreis: Für die einpaltige Zeile oder deren Raum 30 Pfg. im Restamt 75 Pfg. Druckerzinsen und Nachweisungen 20 Pfg. mehr. Hochdruckdruck ohne Verbindlichkeit. Schluss der Anzeigen - Annahme 9 Uhr vormittags.

Nr. 27

Sonabend den 1. Februar 1919

45. Jahrg.

Unhaltbare Zustände

Die Resolution läßt sich wohl mit Maschinen- geschossen machen, aber ihr Ausmaß muß auf anderem Wege geschaffen. Die Arbeiter- und Soldatenräte haben ihre Pflicht und Schuldigkeit getan, als es galt, Ordnung in die Bewirtung zu bringen, die im Gefolge jeder revolutionären Bewegung einzutreten pflegt. Auf die Dauer aber läßt sich mit Arbeiter- und Soldatenräten keine Regierung führen, darüber ist sich das deutsche Volk klar geworden, und die Arbeiter- und Soldatenräte selbst werden das über kurz oder lang einsehen müssen, soweit sie nicht partiellisch durchsicht sind. Es ist deshalb höchste Zeit, daß die deutsche Nationalversammlung in Weimar zusammentritt, als Grund- lage für den Aufbau des neuen Reiches und als kräftige Stütze der Reichsregierung, in deren Händen im Hinblick die Exekutive liegen muß. Anstelle der Not- verordnungen, die durch die Berliner Regierung bis jetzt erlassen worden sind, müssen Gesetze auf der Grundlage der neuen Verfassung erlassen werden, die von der Deutschen Nationalversammlung in Weimar beschlossen werden wird. Damit müssen auch die zwar gut gemeinten aber doch willkürlichen und meist der gesetzlichen Unterlage entbehrenden Beschlüsse und Anordnungen der lokalen Arbeiter- und Soldatenräte ihr Ende finden; denn immer wieder sieht sich die derzeitige provisorische Regierung in Berlin gezwungen, den willkürlichen Anordnungen von Arbeiter- und Soldatenräten entgegenzutreten, da sie im Gegensatz zu den noch bestehenden Gesetzen getroffen worden sind und deshalb keinen Anspruch auf Rechtsgültigkeit haben können. Auch für die Arbeiter- und Soldatenräte muß das giltige Gesetz die höchste Instanz sein.

Der Volksbeauftragte Noske hat sich in einer Vollversammlung der Großherren Soldatenräte auch gegen die anarchischen Zustände gewandt, die augenblicklich in der Armeekorps bestehen. Er hat erklärt, daß das System der Soldatenräte keine dauernde Einrichtung bleiben könne, wenigstens nicht in der augenblicklichen Form. Er hat ferner darauf hingewiesen, daß in einem so großen Gemeinwesen, wie es die deutsche Republik ist, eine organi- sierte Macht vorhanden sein müsse und daß die Soldatenräte ein recht geringes Maß von Autorität hätten. Er hat damit vollständig das Richtige getroffen, denn die augenblicklichen Verhältnisse in der deutschen Armeekorps sind auf die Dauer unhaltbar. Die Soldatenbewegungen sind nur den Offizieren, sondern auch den Soldatenräten den Gehorham. Aber nur, was ihm beliebt. Der einzige Dienst ist der Wachdienst, und selbst für diesen die nötigen Leute aufzubringen, ist für die Mitglieder der Soldatenräte eine schwierige Sache. Auch

Wachdienst die Wirkung. Die So sind die geworden. Eine solche als Geld für Wenn die gendweise be- burch unsere gt geliefert. e muß die singeln in daß es Vor- des System, die Geset- auch ange- nde gemacht en unseres cht sich das Verwertten trichhaft be- eiter in den Entschädigung dir halb zu ng kommen, chaffen hat, tliches Land,

Neueste Nachrichten.

Friedensdemonstration in Frankreich.

Paris, 31. Jan. (Priv.-Telegr.) Pariser Blätter- meldungen zufolge demonstrieren am kommenden Sonntag die französischen Arbeiter. In mehr als 800 Versamm- lungen protestieren sie gegen jeden Gewaltfrieden und fordern beschleunigten Friedensschluß.

Neue Spartakusgefahr in Düsseldorf.

Düsseldorf, 31. Jan. (Priv.-Telegr.) Die Spartakus- führer in Düsseldorf haben wieder mehrere Tausend An- hänger zusammengezogen, so daß in den nächsten Tagen mit neuen Kämpfen gerechnet werden muß. Allein in der Kaserne des Inf.-Reg. Nr. 39 befinden sich über 300 Mann Spartakisten. Der Ruf nach auswärtig ist fort- während im Wachen begriffen.

Ein Offensivbündnis zwischen den Sowjets und den Spartakisten.

Berlin, 31. Jan. (Priv.-Telegr.) „Daily Mail“ meldet aus Petersburg indirekt: Im Sowjet machte der Volkskommissar für Petersburg bekannt, daß zwischen den Sowjets und den Spartakusanhängern in Deutsch- land ein Offensivbündnis abgeschlossen wurde. Außer Nikolai weisen immer noch einige hervorragende Sowjet- vertreter auf dieses Bündnis hin.

Frankreich und Deutschland.

Genf, 31. Jan. (Priv.-Telegr.) „Home Libre“ schreibt: Frankreichs Stellungnahme zu Deutschland ist nicht von der deutschen Staatsform, sondern von der Roga- lität abhängig, mit der Deutschland Frankreichs berech- tigte Forderungen nach Selbstbestimmung erfüllen wird. Es muß allerdings schon heute gesagt werden, daß die Schwere der notwendigen Verpflichtungen auf Jahrzehnte hinaus herzhafte Beziehungen beim Gegner kaum aufkommen lassen kann. Es ist aber nicht die Schuld Frankreichs, das diesen Krieg nicht hervorgezogen hat.

Die deutschen Kolonien.

Berlin, 31. Jan. (Priv.-Telegr.) Eine Depesche der „Morning Post“ meldet aus Paris: Holländische Blätter berichten von einer englischen Remondierung der deutschen Kolonien unter Kontrolle einiger Ententeagente als freie Gründung. Aber das Schicksal der deutschen Kolonien liegt bis jetzt nicht einmal im Beschlag der Ver- kommission vor.

das imstande ist, die aus den Städten zuströmende Bevölke- rung auf dem Lande aufzunehmen. Bei uns würde das nicht so leicht möglich sein. Wir würden, wenn die Zu- stände sich nicht noch bessern, einer Katastrophe entgegen- gehen, die in Hungersnot und Massensterben in ihren durchdringbaren Ausmaßen finden würde. Wir würden Zuständen entgegengehen, die viel schlimmer wären, als wir sie in diesem Krieg erleben mußten. Die Spartakisten mögen ja vielleicht mit einer gewissen Befriedigung an einem solchen Zusammenbruch des ganzen deutschen Wirt- schaftslbens arbeiten, auch unsere Reaktionen mögen zum Teil ihre Hoffnung darauf setzen, daß aus einem all- gemeinen Zusammenbruch schließlich wieder ihr Weiszen erlöschen möge, das deutsche Volk aber muß jetzt zei- gen, ob es reif und fähig ist, sich selbst zu regieren. Nur wer sich selbst bewirgt, ist ein wirk- licher Demokrat. Der Krieg hat uns leider nicht zu der Selbstüberwindung erzogen, die notwendig gewesen wäre, um ihn zu gewinnen oder rechtzeitig zu beenden. Wenn jetzt auch diese zweite Prüfung nicht die erwünschte Wir- kung am deutschen Volke hervorbringt, dann trägt es selbst die Schuld, wenn es im Glanz anarischer Zustände oder unter der Sklaverei unserer auswärtigen Feinde ver- klammern muß.

Zwischen Waffenstillstand und Frieden.

Niemals der Friede in Retten!

Seit vielen Tagen berät nun schon die Egar unsere Feinde in Paris, wie die Welt verteilt werden soll. Aus das Siebzig-Millionen-Volk, das Volk der Arbeit- lichen und Denter, hat noch niemand um seine Meinung gefragt. Wir stehen beiseite und warten auf die gnädig- zulassung für unsere Schrift. Jede Mitbestimmung über unser Schicksal, über unsere Zukunft, unser Sein oder Nichtsein soll uns verweigert bleiben. So soll es noch so notelag weitergehen. Der französische Außenminister Pichon hat erklärt, daß der Beginn der allgemeinen Friedensverhandlungen auf den 10. Mai festgelegt worden ist. Das bedeutet also, daß man sich noch lange und sehr 8½ Monate am das Hell des von der Meute der Hund zur Strecke gebrachten Haren streiten will. Erst am 10. Mai sollen deutsche Unterhändler zur Unterschrift des Friedensabkommens zugelassen werden. Es soll der Friede der Verschönerung und Geschickliche ausbleiben, auf den sich sämtliche Ententemächte vor Jahr und Tag feierlich festgelegt haben. Es ist ein ebenso ge- fährliches wie freches Spiel, das unsere Gegner treiben Sie vergessen, daß wir, so sehr wir heute auch in äußer und innere Not verstrickt sind, immer noch das Siebzig millionen Volk vorstellen, immer noch das Herz des Staats neues sind, ohne dessen ordnungsmäßiges Schicksal bei Festland von Europa niemals das gleiche Schicksal zu halten kann.

Das Herrbild eines Friedens soll uns ein- genötigt, ein Bitterbrot soll aufgerichtet werden, der uns die ewige Dauer dieses Herrbildes garantiert. Habes unsere Gegner noch immer nicht aus der Geschichte gelernt, wie schwer sich jedesmal die Ausübung brutaler Gewalt gerade an jenen gerichtet hat, die sich ihrer bedient haben! Umnebeln auch heute noch der Wahnwitz ihre Augen ist sehr, daß sie nicht erkennen: eine neue Welt, ein neue Kriebe könne nur dann aufgerichtet werden, wenn er so Gleichberechtigten vorbereitet, um Gleichberechtigten ge- rantiert werden. In feierlicher Weise wollen wir es hier erklären: Der Friede, den die Feinde anstre- ben, trägt schon bei seiner Geburt der Todeskeim in sich. Nie wird sich das Volk der Deut- schen damit zufrieden geben, als eine Egar von Paris und Ententisten, angeführt an den Wogen kochmachende Sieger, durch das Leben zu leuchten. Werden ihm kein Pfeiler angelegt, die es erkränken müssen, wenn es so weiterträgt, dann wird es sie ansprenge. Dann wird es von neuem aufleben gegen diejenigen, durch deren ver- trederischen Sinn der Pariser Friede für uns zur Welt werden soll. Nicht oft genug kann es in die Welt hinaus- geschrien werden: Wir bringen uns nicht, und wenn es heute auch sein muß, so sprenge wir doch morgen das Volk das untern Kindern den Lebenssaft nehmen will. Deutlich sein heißt heute mehr wie je frei sein wollen. In schwerster Not haben wir uns durchgerungen zur Frei- heit im Innern. Wir werden es auch verküpfen, wenn nicht heute, so morgen, und die Freiheit noch außer uns wahreren, ohne die ein Leben nicht möglich ist.

Proteste der deutschen Waffenstillstandskommissionen in Spa.

Die deutsche Waffenstillstandskommission hat sich in be- tonnertstimmung wieder einmal veranlagt, gegen mehrere Verletzungen des Bitterrechts auf der Waffenstillstandsbedingungen durch die Entente entgegenfalls Proteste einzulegen.

So soll die belandete Regierung beschließen haben, ad nach in Belgien wohnhaften Deutschen zwischen 16 und 60 Jahren unverzüglich auszureisen. Diejenigen unter ihnen, welche in den Deeren der Mittelstädte gedient oder den deutschen Festungsbehörden Dienste geleistet haben sollen sogar festgenommen und interniert werden.

Gegen die Bestimmungen des Waffenstillstandes ver- stößt die von Schweizer Blättern veröffentlichte Anor- dung der französischen Regierung, welche auf den 1. März verkehr zwischen Belgien und der Schweiz für Mitte Dezember den französischen Postverkehr und das fran- zösisch-schweizerische Handelskommen ansetzen. Gleichfalls im Widerspruch zum Waffenstillstandes abkommen steht eine französische Maßnahme, durch welche die Bewaltung der Saargruben gezwungen wird, an die deutschen Behörden keine Befreiung mehr abzugeben. Die Deutsche Kommission erbat ferner Einhalt zu gegen die Annahmen des Chefs der französischen Mil-

